

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 15. Februar 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 15. Februar 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird eine Reihe von Grundankäufen, sowie ein Nachtragskredit für die Torftransportanlage im Admonter Torfwerk der städtischen Leichenbestattung von 60 Millionen Kronen, ferner der Ausbau des Hochspannungsschalt-hauses und der Umbau der Maschinenschaltanlage der Unterstation Leopoldstadt der städtischen Elektrizitätswerke mit einem Kostenaufwand von 1440 Millionen Kronen, ein Betrag von 180 Millionen Kronen für ein Transportauto für die städtische Leichenbestattung und der Bau von Schienenanlagen an der Strassenbahnlinie in der Gosensteingasse und Taubergasse zur Linie in der Hernalserhauptstrasse, der 220 Millionen Kronen kostet, genehmigt.

GR. Hies (Soz. Dem.) berichtet hierauf über Subventionsansuchen von verschiedenen Vereinen und Körperschaften für das Jahr 1923. Der grössere Teil der Subventionsgesuche wurde bereits während des Jahres erledigt und es handelt sich nur um einen kleinen Nachtrag. Insgesamt hat die Gemeinde im vergangenen Jahre mehr als 2.5 Milliarden an Subventionen bewilligt.

GR. Kunschak (chr. soz.): Als Obmann des christlichsozialen Gemeinderatsklubs will ich voreinst darauf verweisen, daß in der letzten Gemeinderatssitzung mit dem Vorsitzenden vereinbart wurde, daß nach dem Referat des Herrn StR. Richter die Sitzung geschlossen werden sollte. Von dieser Tatsache habe ich als Klubobmann und hat der Herr Bürgermeister als nachfolgender Vorsitzender keine Kenntnis gehabt. Daraus hat sich ein Mißverständnis ergeben, das dazu führte, daß Herr GR. Biber in seiner Rede unterbrochen und die Verhandlung auf die heutige Sitzung verschoben worden ist. In der Öffentlichkeit, außerhalb des Gemeinderates, hat das zu der Mißdeutung geführt, daß Herr GR. Biber betrunken gewesen wäre. Demgegenüber stelle ich mit allem Nachdrucke fest, daß davon keine Rede sein kann, absolut keine Rede sein kann. Der Herr GR. Biber war allerdings aufgeregt, weil er meinte, es sei nun die Sitzung erledigt und er trotzdem zum Wort aufgerufen wurde. Er war darüber überrascht und empört, daß ein gegebenes Versprechen nicht eingehalten wird. Ich stelle nochmals fest, daß die Beschuldigung, die erhoben worden ist, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt und muß nur mein lebhaftestes Bedauern aussprechen, daß man in einem Mitglied des Gemeinderates auch gleichzeitig die Würde des Gemeinderates so gering einschätzt, daß man glaubt, in dieser Weise, mit Angriffen gegen ein Mitglied des Gemeinderates vorgehen zu dürfen. Ich hoffe, daß eine solche Kampfweise keine Wiederholung mehr finden wird. Nun erlaube ich mir zum Gegenstand selbst kurz Stellung zu nehmen. Ich will bemerken, daß ich schon im Finanzausschuß und im Stadtsenat Gelegenheit genommen habe, darauf zu verweisen, daß die uns heute vorliegenden Anträge jenes Maß objektiver Würdigung tatsächlicher Leistungen entbehren, daß man von der Gemeindeverwaltung anzusprechen unbedingt berechtigt ist. Der Verein Volksleschalle, der mit dem Aufwand bedeutender Kräfte im Lesebedürfnis der Bevölkerung entgegenkommt, hat keine Subvention erhalten. Es wird immer behauptet, daß dieser Verein politische Propaganda betreibt. Der Verein hat aber selbst darum angesucht, die Gemeinde möge sich überzeugen, daß dies unrichtig ist. Ich beantrage, daß diesem Verein eine Subvention von 10 Millionen Kronen bewilligt werden möge. Sie weisen auch einen Gesangsverein ab und begründen dies damit, daß Sie auch ihre Arbeitergesangsvereine nicht subventionieren. Der deutsche Volksesangsverein, den sie heute abweisen, verfolgt vor allem den Zweck dem deutschen Volksliede zu seiner Bedeutung zu verhelfen. Ich beantrage diesem Vereine eine Subvention von einer Million Kronen zu bewilligen. Der Verein für niederösterreichische Landeskunde wird abgewiesen, weil durch die Trennung der Stadt Wien vom Lande er für Wien nicht mehr von Bedeutung

sei. Dies scheint aber nur ein Vorwand zu sein und ich beantrage, daß dieser Verein ebenfalls mit einer Million Kronen subventioniert wird. Abgewiesen werden auch zwei Asylvereine für Studenten und ich beantrage jedem dieser Vereine eine Subvention von 10 Millionen zu gewähren. Der Verein für Hauskrankenpflege wird ebenfalls abgewiesen, obwohl er weltliche Schwestern beschäftigt. Es handelt sich hier sicherlich um keine christlichsoziale Parteinstitution und ich beantrage auch diesem Verein mit einer Million Kronen zu subventionieren. Die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft wird abgewiesen, obwohl sie sich der grössten Beliebtheit erfreut. Auch für diese Gesellschaft ersuche ich um Bewilligung einer Subvention von einer Million Kronen. Der Naturheilverein, der durch seine Tätigkeit sicherlich bemüht ist, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu heben, wird abgewiesen. Ich bitte auch diesem Verein eine Million Kronen als Subvention zu geben. Der österreichische Touristenklub, der sich durch die Erschliessung des Wienerwaldes große Verdienste erworben hat, geht leer aus, obwohl der Arbeitertouristenverein die Naturfreunde, eine Subvention im vergangenen Jahre von 100 Millionen Kronen erhalten hat. Ich beantrage deshalb, die gleiche Subvention dem österreichischen Touristenklub zu bewilligen. Insgesamt handelt es sich hier um einen Betrag von 135 Millionen Kronen, um den sich nach Annahme meiner Anträge die Summe der Subventionen erhöhen würde, ein lächerlich geringer Betrag gegenüber dem Gesamtbudget.

StR. Speiser im Anschlusse an die Erklärung des Herrn Kollegen Kunschak möchte auch ich mir erlaube, an den Zwischenfall, der sich in der letzten Gemeinderatssitzung ereignet hat und der in der Öffentlichkeit erörtert worden ist, einige Bemerkungen zu knüpfen. Herr Kollege Kunschak erklärt, daß der damalige Vorsitzende GR. Weigl ein Versprechen gegeben habe und das Vereinbarungen bestanden hätten, die Sitzung nach dem Referate des StR. Richters zu schließen. Herr Kollege Kunschak befindet sich mit dieser Erklärung und Auffassung aber vollständig im Irrtum. Herr Kollege Weigl hat lediglich einen Wunsch auf baldigen Schluß der Sitzung entgegengenommen und gesagt, daß man nach dem nächsten Punkte der Tagesordnung sehen werde, wie die Dinge sich gestalten. Herr Kollege Weigl hat auch gar keine bindende Erklärung abgegeben und Vereinbarung treffen können, weil die letzte Instanz in dieser Frage der Herr Bürgermeister ist. Wir hatten daher ein Recht über die Art, wie der Herr GR. Biber hier zu sprechen begonnen hat, überrascht zu sein, weil seine Art der normalen parlamentarischen Behandlung nicht entspricht. Wenn wirklich ernstlich der Wunsch geäußert worden wäre, wären wir gewiß gerne entgegengekommen. Bisher war es üblich, trotz der scharfen Gegensätze, die zwischen den zwei großen Parteien bestehen, Entgegengemmen zu üben. Für das Vorgehen des GR. Biber können aber nur zwei Gründe bestimmend gewesen sein. Der objektive Grund, kann darin gelegen sein, daß er die Absicht hatte zu obstruieren. Wir haben alle den Eindruck gehabt, daß Herr Biber eine Obstruktionsrede halten wollte. Der zweite Grund ist ein subjektiver und wir wollen uns heute durchaus nicht auf seine Erörterung einlassen. Wir haben uns bisher über die Führung der parlamentarischen Verhandlungen mit der Minderheit stets verständigt und hoffen, daß im Interesse einer geordneten Verwaltung dies auch künftighin geschehen wird können. Was den Gegenstand der jetzt zur Verhandlung steht, anlangt, so will ich dazu bemerken, daß die Gemeinde außer diesen Subventionen auch noch auf andere Art große Summen für Bildungszwecke ausgibt. Der Gemeinderat hat bekanntlich für arme Studenten Stipendien eingeführt und es ist leicht aus agitatorischen Gründen aus der großen Masse von Subventionsansuchen einige herauszugreifen und Beiträge zu beantragen.

Was die Subventionen der Naturfreunde anbetrifft, ist es mir selbstverständlich, daß eine Gemeindeverwaltung, die in ihrer Mehrheit aus Vertretern der Arbeiterklasse besteht, dem Arbeitertouristenverein die Naturfreunde subventioniert habe. Dieser Verein trage ganz bestimmt auch nicht die Hetze gegen irgendwelche Schichten der Bevölkerung in die Berge, sondern wirke in dieser Hinsicht durchaus versöhnlich.

2

GR. Kerner (chr. soz.) beantragt, dem Verein Hauskrankenpflege, der sich unter den abgewiesenen Vereinen befindet, eine Subvention von 30 Millionen Kronen zu gewähren, da dieser Verein eine ungemein wohltätige Wirksamkeit entfalte.

GR. Paulitschke (chr. soz.) beleuchtet die Tätigkeit einiger Vereine, die in der Liste der abgelehnten Subventionen vorkommen und beantragt dem Lehrer A-Capellachor eine Million, den Kinderschutzstationen 30 Millionen Subvention zu gewähren, die Subvention für das Franz Josef-ambulatorium, dem die geringe Unterstützung von einer Million zugedacht werde, 50 Millionen und dem Frauenheim, das gar nur 500.000 K erhalten soll, fünf Millionen zu bewilligen.

GR. Stöger erklärt, der vorliegende Antrag sei von demselben Geiste erfüllt wie das ganze Budget für das Jahr 1924, nämlich von dem Geiste der Fäulnis zur Zerstörung und Zersetzung. Die Mehrheit gewähre die Subventionen aus rein parteipolitischen Erwägungen und insbesondere auf dem Gebiete der Jugendfürsorge werden Organisationen unterstützt, die freimaurerische Tendenzen verfolgen, darunter der Verein „Humanitas“ Die Mehrheit verweise alle Korporationen, die sich mit Jugendfürsorge befassen an den Verband für weibliche Jugendfürsorge, damit sie das gesamte Jugendfürsorgewesen in die Hand bekomme. Aus diesem Grunde gehe die Mehrheit bei der Vergebung der Subventionen parteipolitisch vor, ohne sich um das Interesse der Bevölkerung zu kümmern. Besonders krass trete die einseitige Bevorzugung von Vereinen hervor, wenn man betrachte wie die beiden Hausgehilfinnenorganisationen behandelt werden. Der christliche Verband der Hausgehilfinnen wurde mit seinem Ansuchen glatt abgewiesen, die sozialdemokratische Organisation hingegen subventioniert obgleich sie ein viel kleineres Tätigkeitsgebiet umfasse.

Dem Verein der christlichen Hausgehilfinnen wurde auch eine Wohnbausteuern von 137.000 K vorgeschrieben. Das ist ein unerhörter Parteiskandal. Ich beantrage, daß dem Verein eine Subvention von fünf Millionen gegeben wird. Der Verein Mater admirabilis nimmt sich vorwiegend der Waisenfürsorge an, Wenn sie ihm 10 Millionen Subvention geben, ist das nur ein Gebot der Gerechtigkeit. Redner stellt entsprechende Anträge.

GR. Wawefka (chr. soz.) sagt, daß alljährlich, wenn die Subventionsdebatte abgeführt werde, zu konstatieren sei, daß sich die Mehrheit lediglich von parteipolitischen Motiven leiten lasse. Der Protest der Minderheit gegen dieses Verfahren, sei bisher immer erfolglos gewesen. Die Gesuche werden nur durch die rote Parteebrille betrachtet und danach die Entscheidung gefällt. Redner beleuchtet einige Fälle und unterstützt den Antrag Kunschak auf Subventionierung der Volkslesehalle.

Gar nicht zu verstehen sei, warum der Alpine Rettungsausschuss eine durchaus neutrale Institution von der Gemeinde nicht subventioniert werde. Diese Rettungsorganisation müsse gerade in den meisten Fällen Wiener zur Hilfe kommen, es sei darum eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Gemeinde erkenntlich zeige. Redner beantrage darum, dem Alpenen Rettungsausschuss eine Subvention von 10 Millionen Kronen zu bewilligen.

GR. Dr. Motzko führt aus: Aus der Vorlage ersehe man, daß 21 Organisationen und Vereine mit Subventionen bedacht werden sollen, was zusammen mit den 38 schon im Jahre 1923 bedachten Organisationen eine Zahl von 59 Vereinen, die subventioniert wurden, ausmache. 49 Vereine habe man abgewiesen. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeige, daß es durchaus keine stolze Leistung für die Großgemeindefürsorge Wiens bedeute, 9 Vereine zu unterstützen. Der Referent betonte, daß die Subventionen stets nach dem Gesichtspunkte strengster Neutralität gewährt würden. Das genaue Gegenteil sei der Fall. Rednerin beschränke sich nur darauf, an drei großen Beispielen das zu beweisen. Das Volksheim auf der einen Seite und der Verein Volkslesehalle auf der andern erführen vollständig verschiedene Behandlung. Man betone bei Begründung der Ablehnung der Subvention des Vereins Volkslesehalle immer die parteipolitische Orientiertheit des Vereines. Auf der anderen Seite könne man aber durchaus nicht behaupten, daß etwa die Leitungspersonen des Vereins Volksheim nicht auch parteipolitisch prononzierte Persönlichkeiten seien Professor Ludo Hartmann, Nationalrat Sever, und noch mehrere andere, die

3

im Direktorium des Vereines Volksheim tätig sind, sind gewiss ausgesprochene Parteileute. Als zweites Beispiel sei anzuführen die gegensätzlichkeit der Behandlung der beiden großen Verbände „Einigkeit“ und „Verband für christliche Hausgehilfinnen“. Letzterer Verband sei in Wien über 14 Jahre erfolgreich tätig, während die Tätigkeit der „Einigkeit“ ^{als} eine vollständig unbekannte mehreremals schon überhaupt nicht mehr vorhandene anzusprechen sei. Ferner sei hinzuweisen auf die verschiedene Behandlung des Vereines „Bereitschaft“, der ausgesprochen sozialistische Erziehung und Beeinflussung treibe und des Marienanstalt. Dem Verein Bereitschaft habe man im verflossenen Jahre eine Subvention von 25 Millionen Kronen direkt nachgeworfen, da der Verein um diese Subvention selbst nicht angesucht habe. Unter den nichtbedachten Vereinen ^{be-} findet sich auch der Verein Mater admirabilis, der einzig großartig auf dem Gebiete der Kinder- und Jugendschutzpflege wirkt. Der Verein für Hauskrankenpflege, der im abgelaufenen Jahre 66.000 Krankendienste leistete, wurde trotz seiner ungeheuren Bedeutung, die er für unzählige Haushalte hatte, nicht subventioniert. Gerade diese Fälle zeigten alle, wie die Mehrheit wahre Objektivität verkennt und sich nur von parteipolitischen Erwägungen leiten lässt. Der Reichsbund der katholischen Jugend, der für die körperliche Erziehung und Erziehung sowie für die geistige und seelische Jugendpflege so überaus ersprießliches leistet, der sich in letzter Zeit auch ganz besonders in den Lehrlingsschutz, um die Vermittlung von Lehr- und Koststellen an die Lehrlinge kümmert, wurde ganz ausser Acht gelassen. Rednerin müsse an den Gemeinderat den Antrag stellen, diesem Bunde eine Subvention von 10 Millionen Kronen zu gewähren. Der Verein Mädchenschutz und Fürsorge, der Verein für Kinderschutzstationen und viele andere Organisationen werden direkt ignoriert. Rednerin stelle darum den Antrag, der Spitzenkorporation aller dieser Vereine, dem Charitasverband, eine Subvention von 50 Millionen Kronen zu geben. In der formalen Behandlung der Subventionsansuchen müsse Rednerin bemängeln, daß sich hier eine ganz gewaltige Geringschätzung des Senats oder nur der Minderheit im Senat zeige, wenn oft nicht einmal die Gutachten der Bezirksamter eingeholt oder entsprechend beachtet würden. Eine solche Behandlung fordere den schärfsten Protest der Minderheit heraus. Die Bezirksamter haben ein Recht darauf sich zu äußern, was ^{ihre} Meinung sei von den Vereinen, die im Bezirke walten und tätig sind.

Diese formale Behandlung ist unmöglich. Die Minderheit kann nicht dulden, dass man ihr nur einen Zettel vorlegt und jede Begründung unterlässt. Das ist eine ganz unglaubliche Behandlung, die wir auf das schärfste zurückweisen müssen. Sie zeigen, dass Sie vollkommen ignorieren, welche Faktoren für eine sachliche Fürsorge von Bedeutung sind. Diese Erledigung ist eine Parteidiktatur von oben, die aus der Fürsorge ein Instrument der Parteipolitik machen will. Wir werden Ihnen auf diesem Wege niemals folgen. (Starker Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Orel (chr. soz.) beantragt dem Greisenasyl der Barmherzigen Schwestern eine Subvention von 50 Millionen Kronen zu bewilligen. Weiters unterstützt er den Antrag auf Bewilligung einer Subvention von 100 Millionen Kronen an den österreichischen Touristenklub, der 160 km Waldwege mit neuen Markierungen versehen hat, die der gesamten Bevölkerung, die die nächsten Ausflugsgebiete besucht, zustatten kommen. Der Verein sei trotzdem mit seinen Subventionsansuchen abgewiesen worden.

GR. Preyer (chr. soz.): Er hat halt zu wenig rote Markierungen gemacht (Heiterkeit).

GR. Rotter (chr. soz.) tritt für die Subventionierung einiger Vereine ein, die auf der Liste der Abgewiesenen stehen, insbesondere spricht er sich warm für eine Unterstützung des Vereines für Landeskunde und für eine höhere Subvention an den Dombauverein aus. Es sei Pflicht und Schuldigkeit der Gemeindeverwaltung, alle Vereine zu unterstützen, die sich die Aufgabe gestellt haben, das Andenken an die frühere Zeit wach zu erhalten. Hier soll es keine Parteiunterschiede geben. Bei der Zusammenstellung des nächstjährigen Budgets möge die Mehrheit auf diese durchaus berechtigten Wünsche Bedacht nehmen.

4

GR. Kunschak berichtet tatsächlich: StR. Speiser führte aus, daß von einer Vereinbarung hinsichtlich des Schlusses der Sitzung keine Rede gewesen sei und ich mich meinerseits im Irrtum befunden habe. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Vorsitzende GR. Weigl ausdrücklich erklärt hat, es komme noch das Referat Richter und werde sodann die Sitzung geschlossen.

GR. Weigl berichtet tatsächlich: Während meines Vorsitzes wurde von einem Schriftführer und vom Herrn StR. Rummelhardt an mich die Anfrage gerichtet, wann die Sitzung geschlossen werden solle. Ich erklärte, daß nach dem Referate des StR. Speiser das Referat Richter noch unbedingt vorgenommen werden müsse.

Bgm. Seitz: Ein Mißverständnis in solchen Dingen sollte wohl überhaupt nicht möglich sein, denn die Einteilung der Sitzung hängt durchaus vom Bürgermeister ab, der im Einvernehmen mit den Obmännern der beiden großen Parteien, seine Entscheidungen trifft. Ich ersuche darum ein für allemal zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß ein Vorsitzender, der nur vorübergehend den Vorsitz führt, die Sitzung nicht ohne weiteres schließen kann.

GR. Hieß (Schlusswort): Der Herr GR. Kunschak hat in sehr anerkennenswerter Weise erklärt, daß die Gemeinde aus finanziellen Gründen gezwungen ist, bei der Vergabe von Subventionen sich äußerster Sparsamkeit aufzuerlegen. Demgegenüber bekräftigte Herr GR. Paulitschke diese Sparsamkeit. Ich möchte darum die Herren und Damen der Minderheit schon ersuchen sich entweder für das eine oder das andere zu entschließen. Die Frage des Vereines Volkslesehalle taucht alljährlich wieder auf. Es sollte nun doch schon allen zum Bewusstsein gekommen sein, daß ein Vergleich dieses Vereines mit dem Verein Volksheim oder dem Volksbildungshaus nicht zu machen ist. Wir subventionieren die genannten Vereine nicht, weil sie eine Bibliothek unterhalten, sondern weil sie in großem Ausmaße Kurse veranstalten, in denen breitesten Schichten der Bevölkerung, die wegen ihrer sonstigen Beschäftigung nicht Gelegenheit haben, sich dem Studium zu widmen, dieses ermöglicht wird. Was den Verein der Hauskrankenpflege betrifft, will ich durchaus nicht ableugnen, daß dieser Verein vielleicht ganz gewaltiges auf dem Gebiet der Krankenpflege leistet. Ich will aber zugleich konstatieren, daß dieser Verein ein Statut besaß, das der Gemeinde im Vereine eine Vertretung zusicherte. Der Verein hat nun sein Statut geändert und so eine Vertretung der Gemeinde innerhalb des Vereines unmöglich gemacht. Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinde diese gegen sie gerichtete Feindseligkeit nicht mit Gewährung einer Subvention beantworten wird. Was die Subvention der Naturfreunde anlangt, hatte ich schon einezeit Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es sich hier darum handelte, den Naturfreunden Unterstützung zu gewähren bei ihrer Bestrebung Hütten zu bauen, da sonst Zehntausende von Wiener Touristen wieder der Arbeiterklasse angehören, wegen der feindseligen Abschliessung von Seite der anderen Touristenvereinigungen keine Unterkunftsmöglichkeit bei ihren Touren finden würden. Was den Antrag der GRin. Motzko den Charitasverband mit 50 Millionen Kronen zu subventionieren, betrifft, muß ich seine Ablehnung vorschlagen, da dieser Verband um eine Subvention gar nicht angesucht hat und die Gemeinde solchen Organisationen überhaupt keine Subvention gibt, sondern der Verband für freiwillige Jugendfürsorge ausgiebig subventioniert wird und die ihm angeschlossenen Vereine zu unterstützen hat. Der Charitasverband ist aber aus diesem Jugendfürsorgeverband ausgetreten, was doch nicht der Gemeinde den Anlaß bieten darf, ihn gesondert zu subventionieren. Der Alpine Rettungsausschuß wurde deshalb nicht gesondert subventioniert weil wir ihn an den Sportausschuß der Gemeinde, als die zuständige Stelle, gewiesen haben. Er ist also nicht abgewiesen worden, sondern wird vom Sportausschuß behandelt werden. Die heutige Minderheit sollte sich hüten, über die gegenwärtigen Subventionsverleihungen vom parteipolitischen Standpunkt zu sprechen. Ich wäre sonst gezwungen, über die Subventionsverleihungen unter der christlichsozialen Verwaltung zu sprechen, was der Opposition sicherlich nicht angenehm sein dürfte. Ich bitte die Anträge der Minderheit abzulehnen und die Anträge des Stadtsenates zu genehmigen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag unverändert angenommen und die Anträge der Minderheit abgelehnt.

5

GR. Lotz berichtet über einen Grundtausch zwischen dem Kriegsgeschädigtenfonds, dem Wiener Bürgerspitalfonds und der Gemeinde Wien und beantragt, dass dem Kriegsgeschädigtenfonds das dem Bürgerspitalfonds gehörige Gut Spitz an der Donau überlassen wird, der Bürgerspitalfonds dafür von der Gemeinde eine Reihe von Liegenschaften erhält und die Gemeinde vom Kriegsgeschädigtenfonds das Haus in der Lerchenfelderstrasse 1 und das ehemalige Hofwaschhaus in der Franzensbrückenstrasse bekommt.

Die Anträge werden ohne Debatte angenommen.

GR. Kopriva beantragt, dass die ehemalige Stellwagengarage in Favoriten neu verpachtet werden soll und legt den Pachtvertrag vor.

GR. Unter Müller (chr. soz.) verweist darauf, dass in diesem Pachtvertrag die Miete in Goldkronen festgesetzt worden ist, während die Sozialdemokraten vor der Wahl gegen die Goldmiete gekämpft haben. Unmittelbar nach der Wahl ist also das Gegenteil eingetreten und die Mehrheit des Gemeinderates komme jetzt mit dem Goldkronenzins. Freilich geschieht dies nur auf der Einnahmenseite und dieser Vertrag zeige, dass die Gemeinde bei der Festsetzung dieser Goldmiete gar nicht engherzig gewesen ist, sondern von Jahr zu Jahr entsprechende Steigerungen vorgesehen habe. Dadurch erleide das Mieterschutzproblem einen starken Stoss und es wäre interessant zu erfahren, warum Theorie und Praxis sich so stark verändert haben.

Der Referent erwidert, dass bei der letzten Verpachtung, die im Jahre 1919 erfolgte, Gemeinderat Biber sich über den viel zu niedrigen Zins mokiert habe, während jetzt ein anderer christlichsozialer Gemeinderat die Miete zu hoch finde. Er wäre doch besser dies der Unternehmung zur Beurteilung zu überlassen, die sicherlich ihre Interessen zu wahren verstehen wird. Das die Gemeinde bei diesem Pachtvertrag keinerlei Hintergedanken mit dem Mieterschutzproblem hatte, braucht wohl kaum gesagt zu werden.

Es wird hierauf der Pachtvertrag genehmigt.

GR. Fischer berichtet, dass dem städtischen Elektrizitätswerk im Jahre 1923 eine Summe von 40.750 Millionen Kronen für 78.000 Elektrizitätszähler bewilligt worden ist. Für diese Zähler sei nun ein Nachtragskredit von 466'6 Millionen Kronen erforderlich, dessen Bewilligung er beantragt.

GR. Scholz (christ. soz.) erklärt, dass gegen diesen Betrag nichts einzuwenden sei. Es sei aber bemerkenswert, dass die gegenwärtige Verwaltung erst nach vier Jahren, als die Wahlen knapp vor der Tür standen, diese Zähler angeschafft habe, während früher nur Pauschalanlagen errichtet worden sind, die für die Bevölkerung eine Riesenlast bedeuteten, da niemand so viel verbrauchen konnte, als er bezahlen musste. Nach den Wahlen geht es wieder langsamer mit der Zähleranbringung und gegenwärtig sind noch immer zehntausend Pauschalanlagen vorhanden. Eine grosse Ungerechtigkeit an den Siedlern darf wohl nicht übersehen werden, die darin liegt, dass die 270 Siedler auf dem Rosenhügel sich die Zähler selber bezahlen müssen, ihr Stromkonsum von den Elektrizitätswerken durch drei Hauptzähler gemessen wird, während sich die Siedler ihren Einzelkonsum durch private Ableser feststellen lassen und dafür noch separat zahlen müssen. Alle Menschen in Wien erhalten die Strassenbeleuchtung umsonst, die Siedler müssen aber für die Beleuchtung ihrer Siedlung selbst zahlen.

Der Referent teilt mit, dass die Zählerfabriken nicht so rasch liefern können, als dies notwendig wäre. Gegenwärtig sind siebentausend Anschlüsse noch fertigzustellen. In der Siedlungsanlage auf dem Rosenhügel sei eine andere Form der Stromkontrolle unmöglich, übrigens sind dort alle Uebereinkommen im engsten Einvernehmen mit der Genossenschaft erfolgt.

Der Antrag wird sodann angenommen.

6
GR. Siegel beantragt den bekannten Wohnhausbau auf dem Quarinplatz in Favoriten.

GR. Biber (chr. soz.) erklärt, dass Gemeinderat Kunschak bereits zu Beginn der Sitzung in einer Erklärung den Standpunkt der Minderheit zu dem Vorkommnis in der letzten Sitzung dargelegt habe. Es erübrigt sich daher, weiter in die Sache einzugehen. Was das vorliegende Wohnbauprojekt anlangt, so muss frei und offen zugegeben werden, dass es eine glückliche Lösung der gestellten Aufgabe ist. Die beiden Architekten haben damit einen hohen Beweis ihrer Tüchtigkeit erbracht. Die Raumnutzung, die Gestaltung der Wohnräume, die Lösung der Frage des Verkehrs muss als überaus glücklich bezeichnet werden. Der Referent hat unrecht, wenn er meint, dass die Opposition nur rede, um zu kritisieren, dieses Beispiel zeige deutlich das Gegenteil. Es wäre daher zu wünschen, dass Anregungen der Minderheit auch beachtet werden.

GR. Orel (chr. soz.) Es sollen in diesem Bau wieder siebenhundert bis tausend Menschen wie in einem Kaninchenstall zusammengepfercht werden. Dieser Zustand ist aber unwürdig. Jeder der arbeitet, hat ein wohl begründetes Recht auf ein eigenes Haus. Solche riesige Steinbauten können nur aufgeführt werden, von einer Verwaltung, die nichts anderes als Herrenmenschen brauchen kann. Kein freier Mensch wird in einer solchen Mietkaserne freiwillig und gerne wohnen. Namens der kommenden Generation muss gegen diese Bauten schärfstens protestiert werden. Für die Siedlungsbewegung gibt die Gemeinde viel zu wenig Kredite, was darin begründet ist, dass Sie fürchten, die Menschen dann aus Ihrer Gewalt zu verlieren. Ich kann für dieses Projekt nicht stimmen.

GR. Siegel erklärt, dass auch bei der Mehrheit ausgesprochene Fanatiker des Flachbaues sind, diese Frage ist noch nicht entschieden. Würde man die Wünsche des Gemeinderates Orel wegen der Siedlungen berücksichtigen, dann braucht man dazu eine Fläche, die so gross sein müsste, als die Bezirke Ottakring bis einschliesslich Döbling und noch Floridsdorf dazugenommen. Die Gemeinde wird in diesem Jahre 1200 Siedlungshäuser bauen und beweist damit, dass sie durchaus nicht siedlungsfeindlich gesinnt ist.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

GR. Siegel beantragt den Bau eines grossen Wohnhaus auf dem Aisergrund.

GR. Orel bemerkt, dass die Gemeinde den Schrebergärten, deren Gründe sie zum Wohnhausbau brauche, sogar mit dem Wasserentzug drohe, wenn sie auf einer Abflüsse bestehen. Es sei dies in der Felix Mottlstrasse der Fall gewesen.

GR. Schleifer (soz.) erklärt, dass auf dem Aisergrund viele alte Häuser stehen, die längst schon baufällig sind und es sei der christlich-sozialen Verwaltung niemals eingefallen helfend einzugreifen. In der Porzellangasse werde jetzt das grosse Gebäude des Ministeriums für öffentliche ^{Arbeiten} freigegeben und die Bevölkerung erwarte, dass dieses Gebäude für Wohnzwecke verwendet werde, damit vor allem wohnungssuchende Eisenbahner unterkommen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

GR. Siegel beantragt hierauf, dass auf der Schmelz ein grosser Wohnhausblock, neun Häuser umfassend, errichtet werden soll und bemerkt, dass die Pläne von den Künstlern des Stadtbauamtes ausgearbeitet worden sind, die wirklich vorbildliche Arbeit geleistet haben und ihren Kollegen in der freien Kunst vollkommen ebenbürtig sind.

GR. Orel bemängelt, dass an der Vorlage gegenüber der letzten Sitzung Veränderungen vorgenommen wurden, durch die einige grössere Wohnungen wegfallen. Es freue ihn übrigens, dass heute einmal ein Mitglied der Mehrheit reden durfte und werde er diese Rede dazu benützen, um über einige Wohnungsschiebungen zu reden. Auch Gemeinderat Schleifer habe seit seinem Einzug in das Wohnungsamt seine Wohnung vergrössert. Noch besser wirtschaftete aber Bezirksvorsteher Klepell, der sich gleich ein ganzes Schloss für seine Parteibeiräte sicherte und dort auch wohnt.

Der Redner behauptet dann, daß im Czartoryskischlüssel einige Wohnungen nur deshalb für baufällig erklärt wurden, um die alten Parteien herauszubringen und dafür andere einzusetzen. Bezirksvorsteher Klepell habe mit den Geldern der ganzen Bevölkerung aus diesem Schloß für die sozialdemokratische Partei ein Heim geschaffen. Dazu wurde aber auch das Geld der Gemeinde verwendet. Städtische Beamte haben Arbeitslöhne ausgezahlt, städtische Wagen wurden bei dem Bau verwendet und auch sonst erfreute sich dieser Bau der größten Unterstützung der Gemeindeverwaltung. Es wird sogar davon gesprochen, daß ein ganzes Jahr hindurch der für den Antrieb von Maschinen notwendige Strom entnommen worden ist, ohne daß dafür auch nur ein Heller bezahlt worden wäre. Es wurde mir auch jede Akteneinsicht verweigert. Wer da der Schulträger ist, muß doch festgestellt werden. Es handelt sich hier um eine Korruption, wie sie nur mit dem Fall Zeigner verglichen werden kann. Wenn auch nur der zehnte Teil dessen, was man dem Bezirksvorsteher Klepell vorwirft, wahr ist, dann muß er verschwinden. Redner stellt schließlich den Antrag eine gerichtliche Untersuchung über diesen Fall einzuleiten.

Bgm. Seitz teilt mit, daß nach der Verfassung jeder Gemeinderat das Recht hat in Akte Einsicht zu nehmen, die in dem Gemeinderatsausschuß, dem der Gemeinderat angehört, verhandelt werden. Dies wurde auch dem Herrn GR. Orel mitgeteilt.

GR. Linder (Soz. Dem.) erwidert auf die Angriffe des GR. Orel gegen den Bezirksvorsteher Klepell. Er sagt, er wolle nicht untersuchen, wieviel christlichsoziale Gemeinderäte in den letzten Jahren ihre Wohnungen gewechselt haben, solche rein persönliche Angelegenheiten zu Angriffen in der öffentlichen Gemeinderatssitzung zu benutzen, blieb den Christlichsozialen vorbehalten. Das Czartoryskischlüssel wurde von der früheren christlichsozialen Verwaltung derart vernachlässigt, daß es einzustürzen drohte. Fußboden und Fensterstücke wurden davon getragen und die ganze Anlage machte einen trostlosen Eindruck. Nun hat sich eine Schar braver und fleißiger Arbeiter gefunden, die dieses Gebäude für die Jugendfürsorge retten wollten. Hunderte dieser braven Leute haben täglich nach Beendigung ihrer Berufspflichten die schwersten Arbeiten geleistet, sie haben ihre freien Samstagnachmittage, ja sogar jeden Sonntag dazu verwendet, um aus der Ruine eine Heimstätte für die Jugend zu schaffen. Es wurde auch gefragt, woher das Geld für die Bauarbeiten gekommen ist, wobei man es nicht unterlassen konnte, der Ehre des Bezirksvorstehers nahezutreten. Ich stelle fest, daß eine Opferwilligkeit, wie sie eben nur Sozialdemokraten aufbringen können, dieses Werk ermöglicht hat. Die Arbeiter haben nicht weniger als 104 000 unentgeltliche Arbeitsstunden geleistet und dadurch war es möglich die Bauschäden zu beseitigen und ein Heim zu schaffen, auf das der Bezirk Währing heute stolz sein kann. In diesem Heim sind auch 13 Wohnungen geschaffen worden. Was die Vergebung anlangt, so kann der Vorwurf eines parteiischen Vorgehens ernstlich kaum gemacht werden, es sei denn, daß die Minderheit ein solches Vorgehen zu verantworten hätte. Alle Wohnungen in diesem Gebäude wurden vom Wohnungsamt vergeben und in der Kommissionssitzung war auch ein christlichsozialer Mandatar anwesend, der zustimmte. Bezirksvorsteher Klepell hat nur auf Drängen des Vereines zur Erhaltung des Jugendheimes, dessen Präsident er ist, in diesem Gebäude eine Wohnung erhalten, die übrigens nur aus zwei Zimmern besteht. Der Redner verliest dann mehrere amtliche Protokolle über den Zustand des Czartoryskischlüssels, aus denen hervorgeht, daß dieses Gebäude von der Einsturzgefahr bedroht war, so daß die alten Parteien ihre Wohnungen verlassen mußten.

GR. Orel (chr. soz.) erklärt, daß die schadhaften hölzernen Träger in diesem Gebäude bis heute noch nicht ausgewechselt worden sind. Über die unberechtigte Stromentnahme habe er keine Aufklärung erhalten. Es wurde auch nicht gesagt, daß vom Stadtbauamt ein Beamter zugewiesen worden ist. Bei Bezirksvorsteher Klepell habe es sich um eine Wohnungsverbesserung gehandelt.

Bezirksvorsteher Klepell (Soz. Dem.) teilt mit, daß er im Czartoryskischlüssel eine Zweizimmerwohnung vom Wohnungsamt zugewiesen erhielt, er und dafür seine Wohnung, bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche dem Wohnungsamt übergab, in die eine Wittwerwitwe mit sechs Kindern einzog. Man hätte können die alten Parteien ohne weiters delogieren, da die Wohnungen zusammenzustürzen drohten. Der Redner bespricht nun ausführlich, wie die frühere christlichsoziale GRin. Kurzbauer, die in diesem Gebäude eine Ausspeisung geführt hat, wirtschaftete. Die Gemeinde erhielt weder eine Miets, noch wurde das Gebäude instandgehalten. Es ist daher sehr sonderbar, wenn man den Leuten, die aus dem verfallenden Schloß ein prächtiges Heim geschaffen haben, Vorwürfe macht und sie grundlos verdächtigt. Gegenwärtig werden täglich in diesem Jugendheim 1700 Kinder ausgespeist, was in einer Küche geschehe, die durch freiwillige Arbeitsleistungen gebaut worden ist.

GRin. Motzko (chr. soz.) stellt fest, daß man in Währing anfangs geglaubt habe, das Czartoryskischlüssel werde ein Heim für alle Kinder werden, während es aber jetzt nur ein Parteiheim und ein sozialistisches Kinderheim sei. Darin liegt der Vorwurf. Die Angriffe gegen die frühere GRin. Kurzbauer seien unbegründet und irgendwelche Vorkommnisse, die zur Kritik Anlaß geben könnten, nicht zu verzeichnen.

GR. S. Lser schildert die „Schloßwohnung“ des Bezirksvorstehers Klepell, die er noch seine alte Mutter hineingenommen hat und die nichts anderes ist, als eine richtige Proletarierwohnung. Es blieb dem Herrn Orel vorbehalten, derartige Verleumdungen auszustreuen. Es mag das vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß die christlichsoziale Partei sich noch immer nicht darüber beruhigen könne, daß sie auch in Währing bei der letzten Wahl durchgefallen ist. Es sei unerhört, daß man einen Mann, der aus dem Arbeiterstand aufgestiegen ist und die Tatkraft aufgebracht hat, ein so großes Werk für die Jugend zu schaffen, derart beleidige. Er hoffe, daß auch nicht alle christlichsozialen Gemeinderäte das Vorgehen des Herrn Orel billigen werden.

GR. Kunschak meint, daß GR. Orel konkrete Anklagen vorgebracht hat, mit denen sich doch der Gemeinderat beschäftigen müsse. Freilich liege ein Irrtum vor, wenn GR. Orel meint, daß eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden kann. Eine solche kann der Gemeinderat nicht beschließen. Der Gemeinderat kann aber aus seiner Mitte eine Untersuchungskommission wählen, die den Sachverhalt zu überprüfen hat. Sicher sei, daß in diesem Gebäude sozialdemokratische Organisationen ihren Sitz haben.

Damit ist die Debatte, die sich oft sehr stürmisch gestaltete, beendet. Der Referent erklärt, daß er auf ein Schlüsselwort leicht verzichten könne, da zu dem Referat überhaupt nichts gesagt wurde. Es wird hierauf der Referentenantrag angenommen und die Sitzung um 1 Uhr 10 Minuten geschlossen.